

Mit der Wahl von Nicolas Sarkozy zum sechsten Präsidenten der Fünften Republik hat in Frankreich eine neue Ära eingesetzt. Erstmals ist die Nachkriegsgeneration ans Ruder gelangt. Der neue Staatschef zählt 52 Jahre, sein Premierminister François Fillon 53 Jahre. Außergewöhnlich mutet allein schon die Zusammensetzung der aus insgesamt 33 Mitgliedern bestehenden Regierung hinsichtlich politischer Herkunft und Vielfalt an: Ein Fünftel entstammt der Sozialistischen Partei, ein Drittel sind Frauen, und zwar unter anderem auf Schlüsselposten wie dem Innen-, dem Wirtschafts- sowie dem Justizministerium; drei weitere Kabinettsmitglieder kommen aus dem mit der Regierungspartei koalierenden Neuen Zentrum. Nach seinem Triumph bei der Präsidentenwahl gelang es Sarkozy einen Monat darauf, auch die Parlamentswahl vom 10. und 17. Juni für sich zu entscheiden. Erstmals seit einem Vierteljahrhundert wurde dabei die schon zuvor am Ruder befindliche Mehrheit in der Nationalversammlung bestätigt. Zwar erhielt schließlich das Regierungslager nicht den ihm vorausgesagten Riesenvorsprung vor der Linksoption, sondern fiel überraschend um über drei Dutzend Mandate auf 346 von insgesamt 577 Parlamentssitzen zurück. Weit über dem absoluten Mehr von 289 Sitzen angesiedelt, verschaffte dieses Resultat dem neuen Staatschef gleichwohl eine komfortable Mehrheit zur Verwirklichung seines ehrgeizigen Reformprogramms.

Es entbehrt nicht der Ironie, dass in der fünfzehn Minister und siebzehn Staatssekretäre umfassenden Regierung in Paris ausgerechnet einem Repräsentanten der Achtundsechziger-Generation altersmäßig die Rolle des Doyens zufällt: Der weit über Frankreichs Grenzen hinaus bekannte 67-jährige ehemalige „French doctor“ Bernard Kouchner hatte vor über vier Jahrzehnten an der Spitze des kommunistischen Studentenverbandes agitiert und verkörperte lange Zeit einen Teil des Erbes der Pseudorevolution vom Mai 1968. Obgleich er seit Jahren laut Meinungsumfragen zu den populärsten Politikern des Landes gehörte, galt der Prophet einer antitotalitär-sozialdemokratisch geprägten Modernisierung und Öffnung der französischen Linken nach der Mitte hin in seiner eigenen Sozialistischen Partei nicht viel.

Abwerbung von rechts

Mehr als das Gesundheitsressort wollte die noch immer dem marxistischen Dogma verpflichtete Apparatschikpartei dem eigenwillig unkontrollierbaren Politstar Kouchner nicht übertragen. Als UNO-Administrator im Kosovo hatte dieser Pragmatiker einst, noch ehe es die Euro-Einheitswährung gab, die D-Mark als offizielle Parallelwährung in seinem Zuständigkeitsgebiet eingeführt. Der überzeugte Europäer und zugleich Vorkämpfer einer weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte mitsamt der Konzeption eines diesbezüglichen „Rechtes auf Einmischung“ gegen Völkerrechtsverbrechen ist nun

Außen- und Europaminister in einer Regierung und unter einem Präsidenten, die nach dem parteipolitischen Raster der französischen Innenpolitik für ihn bisher dem gegnerischen Lager zuzurechnen waren. Kouchners Großeltern väterlicherseits hatten sich einst vor den Pogromen des zaristischen Russland nach Frankreich geflüchtet und waren dann dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden in Auschwitz zum Opfer gefallen. In der Shoah kamen auch in Saloniki verbliebene Geschwister und Verwandte von Sarkozys Großvater mütterlicherseits um, der vor bald einem Jahrhundert nach Frankreich eingewandert war, zum katholischen Glauben konvertierte und schließlich den Enkel Nicolas sowie dessen beide Brüder großzog anstelle von deren bald wieder verschwundenem Vater, einem abenteuerlustigen, aus dem kommunistischen Ungarn geflohenen Kleinadligen; dessen Vorfahren waren einst für ihre Verdienste in den Kämpfen gegen die Türken durch Kaiser Ferdinand II. in seiner Eigenschaft als königlich Apostolische Majestät der Magyaren nobilitiert worden.

Öffnung nach links

Kouchner, gewiss kein typischer Sozialist und zudem nach seinem Eintritt in die Regierung Fillon umgehend aus der Partei ausgeschlossen, ist nicht die einzige Schwalbe, welche Sarkozys schon im Präsidentschaftswahlkampf versprochenen Sommer einer politischen Öffnung zur Mitte und nach links ausmacht. Als ihm zugeteilter Staatssekretär für europäische Angelegenheiten entstammt auch Jean-Pierre Jouyet eindeutig der Linken, obgleich er sich als hoher Beamter bisher niemals im parteipolitischen Trubel hervorgetan hatte. Der ehemalige Büroleiter von Jacques Delors in dessen Zeit als EU-Kommissionspräsident in Brüssel und dann enge Mitarbeiter des sozialistischen Premierministers Lionel Jospin galt bis vor Kurzem als ein Vertrauter von François

Hollande, dem Ersten Sekretär der Sozialisten, und zudem auch noch bis vor einiger Zeit von Ségolène Royal, der gescheiterten Präsidentschaftskandidatin. Sie bereitete schließlich noch am Abend der Entscheidungsrunde der Parlamentswahl einer lange kunstvoll aufrechterhaltenen Fiktion ein Ende, indem sie offiziell die Trennung von ihrem Lebenspartner Hollande bekanntgeben ließ, mit dem sie ohne den Gang zum Altar und Standesamt gemeinsam vier Kinder großgezogen hat.

Keine „harte Rechte“

Jouyets Bereitschaft zur Mitwirkung im neuen Kabinett entzog der vorangegangenen sozialistischen Wahlkampfpolemik, der „brutale Sektierer“ Sarkozy strebe nach dem Machtmonopol für eine „harte Rechte“ und wolle für die Regierungspartei *Union pour un mouvement populaire* (UMP) den Staat als „Etat UMP“ in Beschlag nehmen, die Berechtigung. Ebenso wirkte Kouchners Hinzutreten und überdies dann auch jenes von Jean-Marie Bockel, dem 57-jährigen Senator und Bürgermeister von Mülhausen im Elsass, der sich selber als sozialliberaler Reformeinstufiger, als solcher von seiner Partei schon lange an den Rand gedrängt wurde und nun unter Kouchner zum Staatssekretär für Entwicklungshilfe sowie Frankophonie ernannt worden ist. Ein ähnlicher Kronzeuge für die politische Öffnung nach links ist Kouchners einstiger Büroleiter im Gesundheitsministerium, Martin Hirsch. Als bisheriger Präsident des Emmaus-Hilfswerks des verstorbenen Abbé Pierre wollte er zwar nicht einen herkömmlichen Amtstitel annehmen, sodass eigens für ihn, in bemerkenswerter Flexibilität, die Funktion eines Hochkommissars für Armutsbekämpfung geschaffen werden musste. Doch auch damit war die zuvor von der Linken geschürte böswillige Verdächtigung entkräftet, unter Sarkozy werde es zu einer sozialpolitischen Eiszeit kommen.

Einem weiteren Mann der Linken, dem ehemaligen sozialistischen Abgeordneten Eric Besson, ist als dem Premierminister zugeteiltem Staatssekretär die neu kreierte und ziemlich nebulöse Aufgabe von „Prospektion und Evaluation“ der Politik übertragen worden. Dies sei ein Staatssekretariat „für gar nichts“, spotteten die Sozialisten voller Hohn über den mageren „Judaslohn“, mit dem ihr im Februar von der Partei und Royals Wahlkampagne abgefallener ehemaliger Wirtschafts- und Finanzsprecher für seinen „Verrat“ und Übertritt zu Sarkozy abgespeist worden sei. Bessons Ernennung gemahnte in der Tat etwas an den vor neunzehn Jahren unter Präsident Mitterrand durch dessen Premierminister Michel Rocard unternommenen Versuch einer „Öffnung“, damals von links aus zur Mitte hin, die sich allerdings auf die vorübergehende Installierung zweit- und drittrangiger Figuren auf Nebenposten beschränkte. In klarem Kontrast dazu steht die jetzige Besetzung eines Schlüsselpostens wie des Außen- und Europaministeriums.

Besson kam das Verdienst zu, die erschreckende Leichtfertigkeit und den Mangel an Kompetenz der sozialistischen Präsidentschaftskandidatin noch während des Wahlkampfes offengelegt zu haben, und zwar in einer enthüllenden Streitschrift unter dem Titel „Wer kennt Madame Royal?“. Weil deren bunt-reichhaltiges Angebot von zumeist übereilt improvisierten Wahlkampfversprechen weitgehend der finanziellen Absicherung entbehrte, war Besson voller Entsetzen und im Zorn über die Alleingänge der Kandidatin abgesprungen. Als diese sich daraufhin über ihn mit der Bemerkung mokierte „Wer kennt denn schon Monsieur Besson?“, verwandelte dieser seinen Absprung in einen Übertritt zu Sarkozys Lager. Die Auswirkung dieser „Desertion“, die zunächst von den Sozialisten als nebensächliche Episode heruntergespielt

wurde, ist seither von Royal selber als verheerend für ihren Wahlkampf eingestuft worden.

Protagonist des Wandels

„Etat spectacle“ – der Staat als bloßes Schaubudenstück, lautete eine der ersten Reaktionen der Linken, neben ausgiebiger Beschimpfung der „Verräter“, auf Sarkozys erfolgreiche „Abwerbung“ Kouchners und weiterer Sozialisten. War es bloß ein Trick im Hinblick auf die Parlamentswahlen gewesen, in denen sich der neue Staatschef die nötige Mehrheit in der Nationalversammlung zur Verwirklichung seines Programms umfassender Reformen zu holen verstand?

Der Effekt verschärfter Destabilisierung der Linken durch die Einbeziehung einiger aus ihren Reihen stammender Minister erschien zwar unverkennbar und gewiss auch beabsichtigt, bildete jedoch keineswegs das Hauptmotiv der politischen Öffnung und breiten Abstützung der neuen Regierung. Sarkozy leitete vielmehr aus dem ihm mit überraschend klarer Mehrheit erteilten Mandat bei seiner Wahl am 6. Mai eine Verpflichtung ab, nicht nur mit der eigenen Partei oder sogar einzig mit einer Kamarilla langjähriger auf ihn eingeschworener Gefolgsleute das propagierte Reformwerk anzupacken. Mit einem Stimmenanteil von 53,06 Prozent bei einer in Frankreich selten hohen Wahlbeteiligung von über 84 Prozent hatte er beinahe einen Rekord errungen: In einem Links-rechts-Duell um das höchste Staatsamt hatte von allen bisherigen Bewerbern der Rechten nur General de Gaulle im Jahre 1965 mit 55,2 Prozent ein besseres Ergebnis erzielt; Chiracs Wiederwahl vor fünf Jahren mit über 82 Prozent bildete einen zum Vergleich untauglichen Ausnahmefall, da dieser Präsident in einem republikanischen Plebiszit in Ablehnung des Rechtsextremistenchefs Le Pen gewählt wurde, der den sozialistischen Kandidaten Jospin in der

ersten Runde zu verdrängen vermocht hatte.

Eine Mehrheit von 53 Prozent mag in anderen Ländern und bei anderen Urnengängen kaum besonders überwältigend anmuten, ist es aber in Frankreich seit Einführung der Volkswahl des Staatsoberhauptes im Jahre 1965 durchaus. Mitterrand hatte 1988 eine Wiederwahl gegen Chirac mit 54 Prozent errungen und sich anschließend auf ein selten eindeutiges Mandat berufen, das er freilich als Platzhirsch errang und nicht wie Sarkozy jetzt im ersten Anlauf. Bis fast zuletzt hatte der Amtsvorgänger Chirac zusammen mit seinem nun in der politischen Versenkung verschwundenen letzten Premierminister Dominique de Villepin zu verhindern versucht, dass der ihm verhasste Nachfolgeanwärter auf seinen Sessel im Elysée gelangte. Sarkozy glückte somit zusätzlich das Kunststück, als Vertreter der bereits an der Macht befindlichen Rechten nicht dem seit einem Vierteljahrhundert von der Wählerschaft praktizierten „Zapping“ mit ständig neuer Abwahl der gerade in der Verantwortung befindlichen Mehrheit zum Opfer zu fallen, sondern im Gegenteil als Protagonist des Wandels und gründlicher Erneuerung gegen die Kandidatin der Opposition obenauf zu schwingen. Sein Wahlsieg erhob ihn zum Nachfolger Chiracs, dessen Erbe er indes niemals war.

Bayrou als „Königsmacher“

Schon vor seinem Wahlsieg, dessen Eindeutigkeit er dann zur Begründung der breiten Öffnung heranzog, hatte Sarkozy seinen Willen zur Krätesammlung über Parteischranken hinweg bekundet. Dies war unter anderem auch eine Konsequenz des Achtungserfolges, den der zentristische Präsidentschaftskandidat François Bayrou, Vorsitzender der *Union pour la démocratie française* (UDF), im ersten Wahlgang mit einem Stimmenanteil von 18,57 Prozent errungen hatte. Damit war der

Zentristenführer zwar nicht in die Stichwahl vorgedrungen, wie er in seiner von einem geradezu religiösen Sendungsglauben geprägten Selbstüberschätzung erhofft hatte. Doch nun versuchte er, die Rolle eines „Königsmachers“ zu usurpieren, und zwar zwischen Sarkozy, der allerdings mit 31,18 Prozent einen kaum mehr aufholbaren Vorsprung in der ersten Runde erzielt hatte, und der Sozialistenbewerberin Royal, die nicht zuletzt auf Kosten des halben Dutzends kleiner Linkskandidaten im ersten Durchgang auf 25,87 Prozent gelangt war. Sie war weitaus mehr als Sarkozy auf Stimmentzug seitens der Wählerschaft Bayrous angewiesen und umwarb deshalb den Zentrumsführer dementsprechend stark, was prompt böses Blut unter den Dogmatikern des linken Sozialistenflügels schuf.

Rückschlag für Le Pen

Sarkozy konnte demgegenüber auf eine gute Stimmenübertragung seitens der Wählerschaft des Rechtsextremistenoberhauptes Le Pen zählen; dieser hatte nur noch 10,44 Prozent erlangt und war damit deutlich hinter die von ihm in den beiden vergangenen Jahrzehnten erzielten Ergebnisse von 15 Prozent und mehr zurückgefallen. Die Zurückstufung der extremen Rechten war Sarkozy mit klaren Bekenntnissen zu nationalkonservativen Wertvorstellungen und etwa auch mit der angekündigten Errichtung eines Ministeriums für Immigration und nationale Identität gelungen. Ein Wahlergebnis von noch immer 10 Prozent für die Rechtsextremisten wäre zwar beispielsweise in Deutschland kaum wie jetzt in Frankreich schon als großer Eindämmungserfolg gefeiert worden. Doch reichte es in diesem Fall aus, um Sarkozy und der französischen Rechten endlich die Beseitigung der Hypothek zu erlauben, die einstmals Mitterrand durch kunstvolle Hochpöppelung von Le Pens *Front National* geschaffen hatte und die

während mehr als zwei Jahrzehnten von der Rechten wie ein Bleigewicht mitgeschleppt werden musste, was ihr häufig den Erfolg über die vereint marschierende Linke von Sozialisten und Kommunisten verwehrte. Le Pens Abstieg wurde in der Parlamentswahl bestätigt; mit bloß noch 4,29 Prozent sah er sich auf die Anfänge seines Aufstiegs vor über zwanzig Jahren zurückgeworfen.

Verfehltes Kalkül

Bayrou suchte seine Strategie auf den angeblichen Überdruß der meisten Franzosen am traditionellen Links-rechts-Antagonismus abzustützen. Als „ehrlicher Makler“ der Mitte und zugleich Ankläger des scharf bipolaren „Systems“ des herkömmlichen Parteienkartells der Fünften Republik legte er sich den Mantel eines populistischen Kritikers um und mutete dabei zeitweise wie eine respektable Variante des „Anti-System“-Rabauken Le Pen an. Im Vorgriff auf Sarkozys Wahlsieg verschärfte Bayrou den Linksdrall seines „Autonomie“-Kurses zugunsten Royals und gegen Sarkozy. Das dahintersteckende Kalkül, das Bayrou dann auch im Parlamentswahlkampf weiterverfolgte, bestand in der Annahme, Machtkampf und Richtungsstreit der Sozialisten würden über kurz oder lang zum Auseinanderbrechen von deren Partei führen und damit dem Zentristenführer die Möglichkeit eröffnen, zusammen mit einem abgespaltenen sozialdemokratischen Flügel das Fundament einer großen Oppositionspartei der linken Mitte zu legen, an deren Spitze dann Bayrou treten möchte.

Indessen folgten Wählerschaft und drei Viertel der kleinen UDF-Fraktion in der Nationalversammlung nicht auf diesem waghalsigen Kurs, mit dem sich Bayrou bereits auch auf eine neue Präsidentschaftskandidatur in fünf Jahren vorbereiten wollte. Die Stammwählerschaft der UDF, einer christlich-demokratischen

und proeuropäischen Formation par excellence, zählt sich zur rechten Mitte und zur Rechten. Ihre Abgeordneten verdankten schon bisher unter dem Mehrheitswahlrecht ihr Mandat fast durchweg Wahlkreisabsprachen mit der Regierungspartei UMP. Dementsprechend verweigerten sie der persönlichen Strategie Bayrous die Gefolgschaft und schlossen sich mehrheitlich in einer autonomen Formation als Neues Zentrum dem Regierungslager an. Über zwanzig Mandate vermochten sie zu erringen, derweil Bayrou mit seiner neu gegründeten Partei *Mouvement démocrate* (Modem) mit bloß vier Mandaten nicht auf Fraktionsstärke in der Nationalversammlung gelangte und mit seiner ganzen Strategie kläglich scheiterte. Er habe schon bisher eine politische Wüste durchqueren müssen, meinte Bayrou einmal in einem resignativen Augenblick; doch dass hinter der Wüste nochmals eine solche liegen werde, habe er nicht geahnt.

Schaltstelle Verteidigungsressort

Einer seiner bisher treuesten „Beduinen“, wie Bayrou in letzter Zeit seine Weggefährten auf dem Marsch durch den politischen Treibsand zu titulieren beliebte, ist nun Verteidigungsminister in der Regierung Fillon: Hervé Morin hatte als UDF-Fraktionschef bis zur ersten Runde der Präsidentschaftswahl an Bayrous Seite kräftig die Illusion von einer „dritten Kraft“ gefördert, die im Grunde im instabilen Parlaments- und Parteienchaos der Vierten Republik wurzelt und unvereinbar mit Geist und Praxis der Fünften Republik bleibt. Mit der Übertragung des Verteidigungsressorts an Morin wurde nicht nur ein „Überläufer“ aus der politischen Mitte belohnt wie wenig später mit der Ernennung von Valérie Létard und André Santini zu Staatssekretären. Wie schon Kouchner im Außen- sollte vielmehr Morin auch im Verteidigungsministerium anzeigen, dass Sarkozy sogar

solche Schlüsselposten in die Hand nicht der Regierungspartei entstammender Politiker zu legen bereit war und es somit mit der Öffnung über bloße politkosmetische Effekte hinaus völlig ernst meinte.

Zunehmende „Präsidialisierung“

In Wahrheit ist der riskante Entscheid, die Schaltstellen der Außen- und Verteidigungspolitik in die Hand von Außenseibern zu legen, allerdings durch diskrete Vorkehrungen abgesichert worden, die sich unter dem Stichwort einer weiteren „Präsidialisierung“ des „semipräsidentialen“ Regierungssystems unter der Verfassung der Fünften Republik zusammenfassen lassen. Sarkozy hatte niemals verhehlt, dass der Staatschef nicht bloß als „Schiedsrichter“ über den Parteien thronen sollte, sondern noch mehr als schon bisher tatsächlich regieren und direkte Verantwortung im politischen Alltagsgeschäft übernehmen müsse. Fillon liegt auf ziemlich gleicher Linie und plädierte in seiner letztjährigen Programmschrift „Frankreich kann die Wahrheit ertragen“ ebenfalls für eine maßvolle „Präsidialisierung“, bei welcher der Regierungschef immer mehr einem „Super-Büroleiter“ des Staatschefs zu gleichen käme.

Präsident und Premierminister agierten bereits vor Sarkozys formeller Amtsübernahme weitgehend gemäß einer solchen Interpretation der Verfassung; ihr dürfte die eine oder andere kleine konstitutionelle Reform folgen, unter anderem die Streichung des Verbotes eines direkten Auftritts des Staatschefs in der Nationalversammlung. Im Zuge der sich abzeichnenden „Präsidialisierung“ erscheint indes schon jetzt von großer Bedeutung, dass noch mehr als bisher das Elysée die ausschlaggebende Machtzentrale wird. De facto ist der neue Generalsekretär Claude Guéant als langjährige „Graue Eminenz“ Sarkozys ein Stabschef von allüberragendem Einfluss. Zusätz-

lich ist die Errichtung eines Nationalen Sicherheitsrates beabsichtigt, der sich teilweise am amerikanischen Vorbild orientieren soll und dementsprechend bei genügend präsidialem Rückhalt eine eigenständige Machtposition gegenüber Außen- und Verteidigungsministerium zur Geltung bringen könnte. Dieses sich abzeichnende verstärkte Engagement des Staatschefs in Form direkter Mitwirkung bei der Regierungsausübung soll offenkundig für alle Bereiche gelten, wenn man Sarkozys unverzügliche Aufnahme von Konsultationen mit den Vorsitzenden der Gewerkschaftsdachverbände als Gradmesser zugrunde legt.

Ökologischer Aufbruch

In dieselbe Richtung wies auch die Gesprächsrunde, die der neue Präsident kurz nach seiner Amtsübernahme mit den Vertretern der meisten Umweltschutzverbände im Elysée veranstaltete. Wie selbstverständlich befand sich unter ihnen auch ein Repräsentant von „Greenpeace“, einer Organisation, die seit der durch Mitterrand angeordneten Versenkung des „Greenpeace“-Kutters „Rainbow Warrior“ lange Zeit vom französischen Staat ausschließlich wie eine feindliche Konspirations- und Sabotagevereinigung behandelt worden war. Am Treffen nahm neben Sarkozy auch der frühere Premierminister Alain Juppé, ein über Parteispendenaffären gestrauchelter einstiger „Kronprinz“ Chiracs, als Chef eines neuen großen Umweltministeriums teil, das er mit dem protokollarisch hervorgehobenen Rang eines „Ministre d'Etat“ als Nummer zwei der Regierung übertragen erhalten hatte, nach seiner Niederlage in der Parlamentswahl jedoch umgehend wieder räumen musste. Seine Ernennung hatte jedoch den Willen zur Erfüllung des Wahlkampfversprechens signalisieren sollen, Ökologie nicht wie bisher durchweg in Frankreich als Thema frommer Sonntagsreden-Wünsche zu behandeln oder als weltfremdes

Steckenpferd der mittlerweile zur Bedeutungslosigkeit abgesunkenen linksradikalen Partei der Grünen abzutun. Wieweit der Aufbruch tatsächlich auch zum Umbruch führen soll, liegt jetzt auch nach Juppés Ablösung durch den bisherigen Wirtschafts- und Finanzminister Jean-Louis Borloo ganz in der Entscheidungsgewalt Sarkozys.

Neuschaffung und Umstrukturierung

Anders als Chirac vor zwölf Jahren, als keiner der Anhänger des unterlegenen Rivalen Balladur durch Aufnahme in die Regierung versöhnt wurde, sondern praktisch ausschließlich langjährige Gefolgsleute des Siegers eine Belohnung erhielten, übertrug Sarkozy – noch vor der Ernennung von Christian Estrosi zum Staatssekretär für die Überseeterritorien – nur gerade einem einzigen seiner alten Weggefährten, Brice Hortefeux, ein Ministeramt, und zwar das neu geschaffene heikle Ressort für Immigration, Integration, nationale Identität und Entwicklungszusammenarbeit. Es musste erst noch aus Teilen ganz verschiedener Ressorts zusammengestellt werden. Eine solche Umstrukturierung bisheriger Ministerialapparate wurde auch für andere Bereiche beschlossen. Namentlich galt dies für das Wirtschafts- und Finanzministerium; es erhielt zwar neu auch die Zuständigkeit für staatliche Beschäftigungspolitik und wurde zunächst dem das „soziale Gewissen“ des Regierungslagers verkörpernden Jean-Louis Borloo anvertraut, bevor dann an seiner Stelle die kurzzeitige Landwirtschaftsministerin Christine Lagarde als erste Frau dieses Schlüsselressort übernahm. Doch verlor es die Finanzkompetenz an den bisherigen UMP-Schatzmeister Eric Woerth, der als neuer Budgetminister nun erstmals den gesamten Staatssäckel mit allen öffentlichen Haushalten und auch den Sozialversicherungskassen in seiner Hand hält. Entscheidende Sozialreformen hat der Ar-

beits- und Sozialminister Xavier Bertrand anzugehen, auch wenn er die Zuständigkeit für Beschäftigungspolitik ans Wirtschaftsministerium abgeben musste.

„Positive Diskriminierung“

Einen Aufbruch ganz besonderer Art verhiess die neue Justizministerin Rachida Dati. Die Betrauung dieser Politiknovizin, die allerdings schon fünf Jahre zum Mitarbeiterstab Sarkozys zählte, mit einem der zentralen Ressorts, dem im Hinblick auf die geplanten Reformen im Strafrecht und bei der Verbrechensbekämpfung zusätzliche Bedeutung zukommt, wirkte fast noch sensationeller als die Hinzuziehung von Sozialisten. Als eines von zwölf Kindern eines nach Frankreich eingewanderten marokkanischen Maurers und einer algerischen Zugehfrau in einer Vorstadtsiedlung einer burgundischen Kleinstadt aufgewachsen, ist die diplomierte Betriebswirtschaftlerin und ausgebildete Richterin eine absolute Neuheit in der französischen Politik. Arabischstämmige „Beurettes“ hatte es zwar bereits zuweilen in früheren Regierungen gegeben, doch stets nur auf zweit- und dritrangigen Posten. Als letzter „Beur“-Konzessionsschulze in der Regierung Villepin hatte Azouz Begag in dem gänzlich marginalen Amt eines beigeordneten Ministers zur Förderung von Chancengleichheit in zwei Jahren praktisch nur einmal von sich reden gemacht: Losgeschickt vom Regierungschef während der Vorstadtunruhen vom November 2005, übte er heftige Kritik am damaligen Innenminister Sarkozy, um dessen Präsidentschaftschancen zu schmälern; das Unterfangen verfehlte ebenso jederlei Wirkung wie seine dann im Wahlkampf nachgereichte Kampfschrift gegen Sarkozy, nach deren Veröffentlichung Azouz Begag zurücktrat und sich zum verlorenen Haufen Bayrous durchschlug.

Die Justizministerin Dati dient nicht solcherlei Staffage, sondern verspricht im

Gegenteil dank ihres direkten Drahtes zum Staatschef eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung von dessen Reformen zu spielen. Sie sei der Inbegriff der von Sarkozy ursprünglich angekündigten, dann aber im Wahlkampf kaum mehr erwähnten Absicht einer „positiven Diskriminierung“, die sich am Vorbild der amerikanischen „affirmative action“ zugunsten von Minderheiten orientiere, lautete eine anfängliche Deutung der erstmaligen Übertragung der Staatssiegel der Französischen Republik an eine 41-jährige Französin maghrebinischer Herkunft ohne jede Ministererfahrung. In ähnlicher Weise lieferten die Ernennung der 30-jährigen Rama Yade, einer gebürtigen Senegalesin, zur Staatssekretärin für Menschenrechte und der als Tochter kabyli-scher Einwanderer im Vorstadtgetto aufgewachsenen Fadela Amara, einer Sozialagitorin gegen Misshandlung junger Frauen aus dem Immigrationsmilieu, zur Staatssekretärin für Stadtplanung ein Indiz dafür, wie Sarkozy ein umstrittenes und deshalb nicht länger offen wiederholtes Versprechen in die Tat umzusetzen willens ist, so wie er bereits früher einmal als Innenminister trotz großer Wirbel und auch mancher Einwände Chiracs einen „muslimischen Präfekten“ ernannt hatte.

Zu Datis und dann auch Amaras Ernennung dürften jedoch über „positive Diskriminierung“ hinausreichende Überlegungen geführt haben: Denn das Bild dieser zierlichen Ellbogenfrau und auch der bisher von der Linken für sich beanspruchten Berberin Amara vor dem weiterhin brisanten Pulverfass der Vorstadtgetto-Misere liefert eine Erklärung für den geschickten Schachzug ihrer Ernennung, die schon allein für sich den Anbruch einer neuen Ära anzudeuten scheint. Anzumerken bleibt, dass auch Dati wie die meisten Regierungsmitglieder und auch Sarkozy nicht zur Elite der Absolventen der ENA-Verwaltungshochschule zählt. Stellte diese „Aristo-

kratie“ der französischen Staatsbürokratie zuweilen in früheren Regierungen einen beträchtlichen Anteil der Ressortinhaber, so entstammen ihr diesmal nach dem Ausscheiden Juppés nur die Hochschulministerin Valérie Pécresse und der 32-jährige Regierungssprecher Laurent Wauquiez sowie Staatssekretär Jouyet und Hochkommissar Hirsch. Nach jahrzehntelanger Anbetung der Verwaltungshochschuleelite hat das Pendel von deren Einschätzung durch die Öffentlichkeit mittlerweile so weit ins entgegengesetzte Extrem ausgeschlagen (wozu übrigens auch der Wahlkampf der ENA-Absolventin Royal kräftig beitrug), dass nun die diesbezüglich kaum belastete Zusammensetzung der Regierung Fillon ebenfalls als kleines Symptom eines Epochenwandels aufgefasst wird.

Mit Traditionen brechen

Substanz und Stil des Auftaktes zu Sarkozys Präsidentschaft unterstrichen den Willen zu einem grundlegenden Wandel. Gleich bei der Amtsübernahme wiederholte der neue Staatschef seine Absicht, mit bisherigen Gewohnheiten französischer Politik und herkömmlichen Denkschemata zu brechen. Einen klaren Bruch hatte er im Wahlkampf versprochen, unter Abkehr etwa vom untauglich gewordenen Sozialmodell Frankreichs, das nur noch Arbeitslosigkeit produziere. Später begann er von einem „ruhigen Bruch“ zu reden, um seinen Stimmenfang auch auf jene Teile der Wählerschaft auszuweiten, die um Privilegien bangten und wie zu meist Reformen nur beim Nachbarn verwirklicht zu sehen wünschten. Mit Sarkozys Wahlentschied sich indeseine klare Mehrheit für einen Wandel und gegen reformscheues Lavieren und Finassieren wie bisher unter Chirac, dessen Kurs von der sozialkonservativen oder sogar sozialanachronistischen Linken bloß fortgeführt zu werden versprochen. Die in Sarkozy und seine Reformpläne gesetzten Erwar-

tungen haben einige Interpreten schon zu Vergleichen mit der einstigen Stimmungslage in Frankreich vor bald einem halben Jahrhundert bei dem durch General de Gaulle eingeleiteten Neubeginn mit der Fünften Republik bewogen. Eine solche historische Parallele erscheint ebenso ehrgeizig oder sogar riskant wie Sarkozy zum Abschluss des Wahlkampfes verkündetes Ziel, zum Ende seiner fünfjährigen Amtsperiode die Arbeitslosigkeit von heute mehr als acht auf fünf Prozent zurückzudrängen. „Frankreich ist zurück in Europa“, hatte er noch am Abend seiner Wahl proklamiert, nach einer Kampagne, in welcher wie so oft angesichts einer in Frankreich üblichen nationalen Nabelschau die Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik kaum eine Rolle gespielt hatten, wiewohl niemand in Paris jemals Verzicht auf das stets eifrig eingeforderte Recht weltweiter Mitsprache geleistet hätte. Mit dem unverzüglichen Antrittsbesuch in Berlin und kurz darauf bei der EU in Brüssel markierte der neue Staatschef den Willen zur möglichst raschen Überwindung der durch das französische Referendumsfiasco verursachten europapolitischen Lähmung. Sein energisches Eintreten für den Änderungsvertrag am EU-Gipfel und für die Kompromisslösung vom 23. Juni erbrachte einen ersten Erfolg.

Frankreichs „Rückkehr“ nicht nur nach Europa, sondern überhaupt ins internationale Kräftespiel, aber nicht mehr nur mit kontroverser Rhetorik oder hauptsächlich gegen Washingtons „Hegemonie“ ausgerichteten Winkelzügen wie unter Chirac erfordert allerdings vor allem baldige Erfolge mit dem angestrebten wirtschafts- und sozialpolitischen Re-

formwerk, um Anspruch und Wirklichkeit der „fünftstärksten Nation“, als welche Sarkozy im Wahlkampf Frankreich bezeichnete, wieder besser miteinander in Einklang zu bringen. Nicht eine Reform nach der anderen, sondern alle sollten auf einmal in Angriff genommen werden, verkündete der Staatschef beim ersten Ministerrat. „Activité! Activité! Vitesse!“ hatte Bonaparte einst immer wieder seinen Generälen zugerufen. Von ähnlich kleinem Wuchs und großem Ehrgeiz, hatte sich Sarkozy nicht nur in klassisch bonapartistische Tradition bei seiner Kampagne zur Machteroberung gestellt. Nun trieb er vielmehr auch zu besonderer Eile an, um die auch ohne „blaue Welle“ in der Parlamentswahl noch immer günstige Konstellation der Anfangszeit zur raschen Beseitigung eines gigantischen Reformstaus zu nutzen. Die taktisch sinnvolle Gleichzeitigkeit erfordert umso geschmeidigeren Pragmatismus bei der Durchsetzung der Reformen, um nicht eine Protestlawine mit anschließender Totalblockierung loszutreten wie Juppés technokratisch-arroganter Reformanlauf im Bulldozer-Stil vor zwölf Jahren.

Umsichtige Eile lautet das Rezept. Entgegen der über ihn verbreiteten Karikatur ist Sarkozy keineswegs der stur-brutale „Macher“; schon gar nicht entspräche ein solches Zerrbild seinem Premierminister Fillon, der großes Verhandlungsgeschick und unerschütterliche Entschlossenheit bei der Rentenreform vor vier Jahren bewies. Im Sattel sitzt nun Sarkozy; Wagemut und Festigkeit braucht er fast im Übermaß für den Reformgalopp hinweg über Hürden und Fallgruben sonder Zahl.